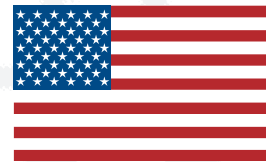


CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 30/2015 No. 9-10



**abgeschlossen am
30. Oktober 2015**

	<u>Seite</u>
1. Paul Ryan tritt die Nachfolge von <i>Speaker</i> John Boehner an	1
2. Keine Mehrheit im Kongress für Blockade des Atomabkommens mit dem Iran	3
3. Kongress verabschiedet kurzfristigen Überbrückungshaushalt und einigt sich auf Haushaltskompromiss	5
4. Repräsentantenhaus für Reautorisierung der Export-Import Bank	7
5. Präsidentielles Veto gegen <i>Defense Authorization 2016</i>	8
6. Hillary Clinton sagt vor Bengasi-Sonderausschuss aus	10
7. Präsidentschafts-Vorwahlen 2016: Vorzeichen deuten harte Wahlkampfsaison an	12
8. <i>Presidential Primaries</i> und <i>Caucuses</i>: Das Verfahren und der Fahrplan 2016	19
9. Terminplan der Präsidentschaftsvorwahlen 2016	21

9-10/2015

1. Paul Ryan tritt die Nachfolge von *Speaker* John Boehner an

John A. Boehner (R-Ohio) hat am 25. September 2015 überraschend seinen vorzeitigen Rücktritt vom Amt des *Speaker* des Repräsentantenhauses für Ende Oktober 2015 erklärt. Boehner wird auch sein Abgeordnetenmandat niederlegen.

Nach harten Auseinandersetzungen in der republikanischen Fraktion hat diese Paul Ryan (R-Wisconsin), 2012 Vize-Präsidentschaftskandidat seiner Partei und Vorsitzender des einflussreichen *Ways and Means Committee*, zum Nachfolger Boehners bestimmt und am 29. Oktober 2015 mit 236 Stimmen gewählt.

Boehner hatte seinen Entschluss zum Rücktritt einen Tag nach einer Rede von Papst Franziskus in einer gemeinsamen Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat bekannt gegeben. Boehner, selbst Katholik, war maßgeblich an der Vorbereitung des Besuchs des Heiligen Vaters im Kongress beteiligt gewesen.

Der *Speaker* hatte bereits seit längerem seinen Rückzug aus der Politik geplant, ihn allerdings nach der Niederlage von *Majority Leader* Eric Cantor (Virginia), Boehners designiertem Nachfolger, in den Vorwahlen zum Kongress 2014 gegen einen *Tea Party*-nahen und bis dahin politisch unbekanntem Kandidaten, David Brat, vertagt (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 4-7, S. 1).

Die augenscheinlich nicht mit der Führung der Fraktion im Repräsentantenhaus abge-sprochene Entscheidung Boehners ist vor dem Hintergrund der anhaltenden Streitigkeiten um seinen Führungsstil zu verstehen.

Während sich *Speaker* Boehner bemüht zeigte, im Kompromiss mit den Demokraten und Präsident Obama die Fortführung der Regierungsgeschäfte ohne einen Dauer-Showdown zwischen den beiden Lagern zu gewährleisten, und die Entscheidung um die weitere Ausrichtung der US-Politik auf die Präsidentschaftswahlen 2016 zu vertagen, forderte der rechtskonservative Flügel seiner Fraktion einen harten Konfrontationskurs.

Zuletzt hatten die der *Tea Party*-Bewegung nahestehenden Abgeordneten Boehner mit einer Art Misstrauensantrag („*motion to vacate the chair*“) unter Druck gesetzt (siehe Congress Report, 30, 2015, Heft 5-8, S. 18). *Speaker* Boehner hatte zwar weiterhin die Unterstützung der Mehrheit der Fraktion, aber die etwa 30 bis 50 Sympathisanten der Konfrontationsstrategie drohten mit weiteren politischen Angriffen. Ihnen war klar, dass Boehner ohne die volle Unterstützung der Fraktion zur Durchsetzung wichtiger Gesetzesvorhaben auf Stimmen der demokratischen Minderheit angewiesen sein würde.

Vor allem mit Blick auf den Bundeshalt und die notwendige Erhöhung der Obergrenze für die Bundesverschuldung drohten harte Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion, die auch viele Abgeordnete unter enormen Druck in ihren Wahlkreisen gebracht hätten.

Mit seinem vorzeitigen Ausscheiden verschaffte sich *Speaker* Boehner die notwendigen Spielräume, um die anstehenden schwierigen Entscheidungen mit Hilfe der Demokraten durchzusetzen, ohne weitere Angriffe aus der eigenen Fraktion fürchten zu müssen. Gleichzeitig räumte er damit seinem Nachfolger die größten Hindernisse in der Führung der Fraktion bis zu den Präsidentschaftswahlen 2016 aus dem Weg.

Die Klärung der Frage seiner Nachfolge als *Speaker* erwies sich weit komplizierter als erwartet. Boehners designierter Nachfolger sollte eigentlich *Majority Leader* Kevin McCarthy (R-California) sein.

McCarthy gilt zwar als beliebter und geschätzter Kollege, der sich mit persönlicher Kontaktpflege und der Einwerbung von Geldspenden für die Fraktion einen Namen gemacht hat. Doch zum einen stand er dem Speaker als getreuer Gefolgsmann sehr nahe, zum anderen war er nicht zu einem Kompromiss mit dem rechten Flügel in Fragen der Geschäftsordnung der Fraktion bereit.

McCarthys Kandidatur als *Speaker* implodierte, nachdem er in einem Interview mit dem konservativen Kabel-Fernsehsender *Fox News* in unvorsichtiger Weise die Arbeit des *House Select Committee on Benghazi* als erfolgreiche politische Attacke gegen die führende Bewerberin um die demokratische Nominierung als Kandidatin für die Präsidentschaft 2016, Hillary Rodham Clinton, charakterisierte (siehe Punkt 7). Damit hatte er in den Augen seiner Kritiker in der republikanischen Mehrheitsfraktion des Repräsentantenhauses die politische Glaubwürdigkeit des Sonderausschusses gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit massiv untergraben.

McCarthy war gezwungen seine Kandidatur zurückzuziehen und die Fraktion befand sich plötzlich in einer manifesten Führungskrise, da ein tragfähiger Kandidat mit breitem Rückhalt in der Fraktion fehlte.

Paul Ryan, eines der größten Schwergewichte außerhalb der offiziellen Führung der Fraktion, wies zunächst jede Aufforderung zur Kandidatur als *Speaker* zurück. Ryan verwies auf seine Tätigkeit als Vorsitzender des Steuer- und Finanzausschusses und seine familiären Verpflichtungen. Zudem musste ihm bewusst sein, dass die Führung der republikanischen Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus gegenwärtig eine nahezu unmögliche Aufgabe darstellt, die seine politische Karriere schnell zerstören kann.

Unter dem massiven Druck der Partei lenkte Ryan ein. Vordergründig geschickt forderte er von der Fraktion im Gegenzug für seine Kandidatur eine breite Unterstützung. Dem rechten Flügel, organisiert im so genannten *Freedom Caucus*, sicherte er zugleich Zugeständnisse in der Ausschussarbeit und bei der Einbringung von Gesetzesvorlagen und Änderungsanträgen zu.

Ryan konnte so die breite Unterstützung unter seinen Fraktionskollegen gewinnen. In der Abstimmung zu seiner Wahl zum *Speaker* votierten 236 republikanische Abgeordnete für Ryan. Neun Fraktionsmitglieder sprachen sich gegen ihn aus.

Obwohl Ryan selbst als dezidiert konservativer Republikaner gilt, bleiben politische Vorbehalte gegen ihn in der Fraktion bestehen. Sowohl seine Arbeit in der Frage der Reform des Einwanderungsrechts wie die von ihm mit den Demokraten ausgehandelten Kompromisse in der Haushaltspolitik stoßen auf unverhohlene Kritik vom rechten Flügel der Fraktion.

Das von John Boehner geschickt eingefädelt Manöver, mit dem er die politisch hoch explosiven Konflikte in der Haushaltspolitik entschärft hat (siehe Punkt 3), hält seinem Nachfolger aber zumindest für die kommenden Monate politisch den Rücken frei.

2. Keine Mehrheit im Kongress für Blockade des Atomabkommens mit dem Iran

Im Kongress ist am 10. September 2015 der Versuch der Gegner des Atomabkommens mit dem Iran gescheitert (vgl. Congress Report, 30, 2015, Heft 5-8, S. 1 ff.), die Vereinbarung mit einem ablehnenden Votum („Joint Resolution of Disapproval“) zu Fall zu bringen.

Der Kongress hatte prozedural 60 Tage Zeit, also bis zum 17. September 2015, um ein Votum zum Atomabkommen mit dem Iran abzugeben, wobei Präsident Obama im Falle einer ablehnenden Resolution („Joint Resolution of Disapproval“) die Möglichkeit eines Vetos besessen hätte, welches vom Repräsentantenhaus und vom Senat dann nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit hätte überstimmt werden können.

Zu dieser Machtprobe kam es allerdings nicht, weil es der demokratischen Minderheit im Senat unter Führung von Minority Leader Harry Reid (D-Nevada) am 10. September 2015 gelang, eine Abstimmung über eine „Resolution of Disapproval“ des Atomabkommens mit 42 Stimmen zu verhindern.

Nach der Geschäftsordnung des Senats hätte es einer Dreifünftel-Mehrheit, also 60 Stimmen in der Kammer, benötigt, um ein Ende der Debatte über das Atomabkommen („Filibuster“) und ein Votum im Plenum der Kammer zu erzwingen. Für die sogenannte „Cloture Vote“ fehlten der republikanischen Mehrheitsfraktion um *Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky), die über 54 Sitze im 114. Kongress verfügt, allerdings zwei Stimmen, da 40 Demokraten und zwei Unabhängige, die Senatoren Angus King (Maine) und Bernie Sanders (Vermont), für die Fortsetzung der Blockade einer Abstimmung über das Atomabkommen mit dem Iran im Senat stimmten.

Für ein Ende der Debatte und damit eine Abstimmung über eine „Resolution of Disapproval“ des Atomabkommens mit dem Iran stimmten neben allen 54 Mitgliedern der republikanischen Fraktion auch vier Demokraten, nämlich

- Ben Cardin (Maryland), Joe Manchin (West Virginia), Bob Menendez (New Jersey) und Charles („Chuck“) Schumer (New York).

Das Repräsentantenhaus stimmte am 11. September 2015, also einen Tag später, zwar mit der deutlichen Mehrheit von 269 Mitgliedern (244 Republikaner und 25 Demokraten) gegen eine Resolution, die sich *für* das Atomabkommen mit dem Iran aussprach. Das hatte jedoch nur noch eine symbolische Bedeutung angesichts der Blockade-Situation im Senat, wo es Mehrheitsführer Mitch McConnell auch am 15. und am 17. September 2015 nicht gelang, die Blockade der demokratischen Minderheitsfraktion zu brechen. Zudem waren die Gegner weit von jenen 67 Stimmen entfernt, derer es bedurft hätte, um ein perspektivisches Veto Präsident Obamas gegen eine „Resolution of Disapproval“ gegen das Atomabkommen mit dem Iran zu überstimmen.

Harry Reid, der Minderheitsführer im Senat, feierte die Blockade als „clarion voice“ und auch Präsident Obama ordnete das Senatsvotum des 10. September ein als „victory for diplomacy, for American national security, and for the safety and security of the world“.

John McCain (R-Arizona), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat und erklärter Gegner des Atomabkommens mit dem Iran, sprach dagegen von einem „bad deal with decades long consequences for U.S. security“. Majority Leader McConnell warf den Demokraten und Präsident Obama vor, mit ihrer Unterstützung des Abkommens mit dem Iran „Terrorgruppen wie Hisbollah und Hamas zu subventionieren“.

Den Gegnern des Abkommens im Senat war es nicht gelungen, die erforderlichen Mehrheiten im Senat zu organisieren, obwohl das *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC) sein großes Gewicht im Kongress in die Waagschale geworfen und nach eigenen Angaben 25 Mio. USD für eine Öffentlichkeitskampagne *gegen* das Atomabkommen mit dem Iran ausgegeben hatte. Gleichwohl hatten sich schlussendlich innerhalb der demokratischen Senatsfraktion nur vier Mitglieder (Cardin, Manchin, Menendez und Schumer) gegen das Abkommen ausgesprochen und damit in dieser Frage mit ihrem demokratischen Präsidenten Obama gebrochen und die republikanische Mehrheit im Senat unterstützt, die das Abkommen geschlossen ablehnte.

Die Umsetzung des Abkommens, auf das sich die USA, die VR China, Frankreich, Großbritannien, Russland und Deutschland („P5+1“) am 14. Juli 2015 geeinigt hatten, hat am 18. Oktober 2015 begonnen (siehe dazu auch *Presidential Memorandum: Preparing for Implementation of the Joint Comprehensive Plan of Action of July 14, 2015*, einzusehen unter <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/10/18/presidential-memorandum-preparing-for-implementation-of-the-joint-comprehensive-plan-of-action>).

Der so genannte „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) hat eine Laufzeit von 15 Jahren und soll dem Bau von Atomwaffen durch den Iran einen vertraglichen Riegel vorschieben. Der Obama-Administration zu Folge muss der Iran im Rahmen des JCPOA auf 98 Prozent seines derzeit angereicherten Urans verzichten. Gleichzeitig wird die Zahl der Zentrifugen im Iran, die zur Urananreicherung notwendig sind, stark begrenzt, die Anreicherungsanlage in Fordo in ein reines Technologiezentrum umgewandelt, der

Schwerwasserreaktor in Arak aufgegeben und die Urananreicherung in Natanz zurückgefahren. Im Gegenzug fallen die umfangreichen Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran.

Die iranische Regierung hat angekündigt, dass der Rückbau des iranischen Atomprogrammes „bis Ende November“ abgeschlossen sein soll. Wahrscheinlich wird es aber mindestens bis Mitte 2016 dauern, bis beispielsweise der Reaktor in Arak rückgebaut ist. Es bleibt abzuwarten, wann die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO, *International Atomic Energy Organization*) in Wien im Rahmen ihrer Vorortinspektionen feststellen wird, dass der Iran seine Vertragsverpflichtungen erfüllt hat und damit auch die Sanktionen aufgehoben werden. Südafrika beispielsweise verfügte Anfang der 1990er Jahre über ein Atomwaffenprogramm, das erst nach mehreren Jahren rückgebaut werden konnte.

Der Iran hat zwischenzeitlich eine Mittelstreckenrakete getestet und hält unverändert an seiner Unterstützung von Hisbollah und Assad-Regierung in Syrien fest.

Im amerikanischen Präsidentenwahlkampf haben eine Vielzahl der 13 republikanischen Bewerber um die Nominierung im kommenden Jahr (vgl. Punkt 8) erklärt, dass sie das Atomabkommen mit dem Iran im Falle ihrer Wahl in das Weiße Haus 2016 annullieren würden. Dazu zählen Ted Cruz genauso wie Carla Fiorina, Mike Huckabee, Scott Walker, John Kasich und Rand Paul. Lediglich Jeb Bush schlug eine gemäßigte Tonart an und erklärte, dass es zukünftig vor allem darum gehen müsse, das Verhältnis zu Israel zu verbessern, welches während der Präsidentschaft Barack Obamas Schaden genommen habe.

3. Kongress beschließt kurzfristigen Überbrückungshaushalt und einigt sich auf Haushaltskompromiss

Der Kongress hat Ende September 2015 den Bundeshaushalt der USA vorübergehend mittels einer so genannten *Continuing Resolution*, also eines Überbrückungshaushalts, bis zum 11. Dezember im Großen und Ganzen auf der Höhe des Vorjahres fortgeschrieben.

Die Entscheidung fiel im Senat am 28. September mit 78:20 Stimmen, wobei alle Neinstimmen von Mitgliedern der republikanischen Mehrheitsfraktion abgegeben wurden, darunter auch die von zwei Präsidentschaftsbewerbern der Republikaner, nämlich Ted Cruz (Texas) und Rand Paul (Kentucky). Die Republikaner Marco Rubio (Florida) und Lindsey Graham (South Carolina) verzichteten auf eine Stimmabgabe. Dagegen stimmten alle Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion sowie zwei unabhängige Senatoren plus 36 Republikaner für den Überbrückungshaushalt.

Das Repräsentantenhaus sprach sich tags darauf mit 277:151 Stimmen für die „Continuing Resolution“ aus. Alle 186 Demokraten und 91 Mitglieder der republikanischen Fraktion stimmten für den Überbrückungshaushalt, der verfahrenstechnisch dem *TSA* (Transportation Security Administration) *Office of Inspection Accountability Act* (*House Resolution 719, Senate Amendment 2689*) beigefügt wurde. Gegen die Vorlage sprachen sich 151 Republikaner aus. Diese Gruppe hatte ihren *Speaker* John Boehner (R-Ohio) auch wegen seiner kompromissbereiten Haltung gegenüber Präsident Obama in Budgetfragen scharf kritisiert. Boehner hatte zwischenzeitlich sein Ausscheiden aus allen Ämtern im Repräsentantenhaus zum 30. Oktober 2015 angekündigt und damit eine Führungskrise in der Fraktion ausgelöst (vgl. Punkt 1).

Mit seiner Entscheidung ging der republikanisch kontrollierte Kongress einer drohenden Schließung von Teilen der amerikanischen Bundesbehörden wie im Oktober 2013 aus dem Weg (vgl. Congress Report, 28, 2013, Heft 10-12, S. 1ff.). Das Votum war notwendig geworden, weil der Kongress zum rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres 2016, dem 1. Oktober 2015, die erforderlichen 13 Bewilligungsgesetze nicht verabschieden konnte.

Mit dem Überbrückungshaushalt wird die Arbeit der amerikanischen Bundesbehörden im Bereich des „discretionary spending“ mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 1,017 Billionen USD fortgeschrieben, was im Einklang mit dem *Budget Control Act* aus dem Jahr 2011 steht (vgl. Congress Report, 26, 2011, Heft 7-9, S. 11f.) und einer Kürzung um 0,2108 Prozent entspricht.

Unter das so genannte „discretionary spending“ fallen im amerikanischen Bundeshaushalt, der vom Kongress jährlich bewilligt werden muss, jene Ausgaben, über welche die Legislative frei entscheiden kann. Ihnen stehen die so genannten „Entitlements“ als verpflichtende Vorfestlegungen in Bereichen wie *Medicare*, *Medicaid* und *Social Security*, beziehungsweise für die Schuldentilgung gegenüber, die etwa Zweidrittel des amerikanischen Bundeshaushaltes ausmachen.

In Verhandlungen der republikanischen Fraktionsführungen in beiden Kammern mit Präsident Obama wurde Ende Oktober 2015 dann ein Haushaltskompromiss erzielt, der einem *Government Shutdown* bis nach den Präsidentschaftswahlen 2016 endgültig einen Riegel vorschiebt.

Mit der Mehrheit des Repräsentantenhauses (266:167 Stimmen) und am 30. Oktober dann auch mit der des Senats (64:35 Stimmen) erhöhte der Kongress die Obergrenze für die Staatsverschuldung der USA, die Anfang November ausgelaufen wäre, bis zum 16. März 2017. Außerdem stimmte er dafür die Ausgabenobergrenzen für den amerikanischen Bundeshaushalt, so wie sie im *Deficit Control Act* des Jahres 2011 festgelegt worden waren, bis zum September 2017 um zusätzliche Ausgaben von bis zu 80 Mrd. USD zu überschreiten.

Mitglieder der republikanischen Fraktionen in beiden Kammern, die der *Tea Party*-Bewegung nahestehen, kritisierten den Haushaltskompromiss scharf als „undemokratisch und dysfunktional“. Die Entscheidung stehe für „the last gasping breath of a disgraced bipartisan beltway establishment on the verge of collapse“, so Senator Mike Lee (R-Utah), der damit nicht nur die große Unzufriedenheit vieler Mitglieder seiner Fraktion mit dem Entscheidungsprozess, sondern auch die derzeitige Stimmungslage vieler republikanischer Parteigänger auf den Punkt brachte (vgl. Punkt 7).

4. Repräsentantenhaus für Reautorisierung der Export-Import Bank

Das Repräsentantenhaus hat sich am 27. Oktober 2015 mit großer Mehrheit für eine Reautorisierung der umstrittenen Export-Import Bank (ExIm Bank) ausgesprochen.

Die Vorlage wurde mit einer Mehrheit von 313:118 Stimmen angenommen. 127 republikanische Abgeordnete, eine knappe Mehrheit der Fraktion, stimmten mit der Demokratischen Fraktion.

Die Export-Import Bank dient der staatlichen Absicherung von Export-Geschäften durch Kreditbürgschaften. Ungeachtet der breiten Zustimmung über die Parteigrenzen hinweg sowie durch die Wirtschaftsverbände der USA war die Bank in den zurückliegenden Jahren zunehmend unter Beschuss von Seiten konservativer Republikaner geraten.

Für eine starke Minderheit in der republikanischen Fraktion ist die staatliche Absicherung von Exportgeschäften ein Paradebeispiel der Verfilzung von Großkonzernen und der Bundesregierung (*Corporate Welfare, Crony Capitalism*), auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler.

Vor allem für die der *Tea Party*-Bewegung nahestehenden Republikaner ist die Bank zu einem Symbol-Thema der Auseinandersetzung mit dem als „korrupt“ kritisierten Partei-Establishment und dessen „Kollaboration“ mit der Großindustrie und den Demokraten geworden.

Der anhaltende Streit um die Export-Import Bank unter Republikanern war zuletzt im Juli 2015 im Senat eskaliert. Senator Ted Cruz (R-Texas) bezichtigte im Plenum *Majority Leader* Mitch McConnell offen der bewussten Täuschung der Republikanischen Fraktion in dem Tauziehen um die Erneuerung des ausgelaufenen Mandats der Bank (vgl. Congress Report, 30, 2015, Heft 5-8, S. 10).

Die Abstimmung gegen den Widerstand von nahezu der Hälfte der republikanischen Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus war möglich geworden, weil die übrigen Republikaner gemeinsam mit den Demokraten durch eine selten genutzte Geschäftsordnungsbestimmung erzwangen, dass die Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Die als „*discharge petition*“ bezeichnete Regel erlaubt es einer Mehrheit von Abgeordneten durch die Sammlung einer genügenden Anzahl von Unterschriften eine Abstimmung auch ohne reguläre Geschäftsordnungsresolution durchzusetzen.

Ungeachtet der Mehrheit im Repräsentantenhaus ist allerdings die Verabschiedung der Gesetzesvorlage noch keineswegs gesichert. Die breite Unterstützung und zwischenparteiliche Kooperation deuten aber darauf hin, dass die Initiative nun auch im Senat gute Chancen hat.

Dem Vernehmen nach soll die Reautorisierung der Export-Import Bank als Zusatz zu einer längerfristigen Novelle des Bundesstraßenbau-Gesetzes durch Repräsentantenhaus und Senat gebracht werden (vgl. Congress Report, 30, 2015, Heft 5-8, S. 9).

5. Präsidentielles Veto gegen *Defense Authorization* 2016

Präsident Obama hat am 22. Oktober 2015 sein Veto gegen das Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2016, den so genannten „National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2016“ (*House Resolution* 1735), eingelegt.

Nach Artikel I, Abschnitt 7 der amerikanischen Verfassung von 1787 hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika das Recht gegen „jede Anordnung, Entschließung oder Abstimmung“ des Kongresses ein Veto einzulegen, das allerdings von Senat und Repräsentantenhaus mit Zweidrittel-Mehrheit überstimmt werden kann.

Im Haushaltszuweisungsprozess der USA, der nach der Verfassung von 1787 (Artikel I, Abschnitte 7 und 8) dem Kongress obliegt, unterscheidet man zwischen der „Authorization“ und der „Appropriation“ für insgesamt 13 einzelne Haushaltsfelder, über die der Kongress jährlich entscheiden muss. Mit der „Defense Authorization“ ist die Genehmigung des Verteidigungshaushaltes der Sache nach gemeint, während mit der „Defense Appropriation“ über die Verteidigungsbewilligung und damit die tatsächliche Ausgabenhöhe für die Arbeit des Pentagons entschieden wird.

Der Senat hatte am 7. Oktober 2015 mit 70:27 Stimmen der Beschlussvorlage des Vermittlungsausschusses zum *National Defense Authorization Act* (NDAA) für das Haushaltsjahr 2016 zugestimmt. Die Kammer lag mit diesem Votum drei Stimmen über der Zweidrittel-Mehrheit, der es bedarf, um das Veto Präsident Obamas gegen die Entscheidung zu überstimmen. Das Repräsentantenhaus hatte der Beschlussvorlage zum NDAA 2016 am 1. Oktober 2016 mit 270:156 Stimmen verabschiedet, war damit aber unter einer Zweidrittel-Mehrheit geblieben.

Der NDAA 2016 sieht u.a. vor:

- eine Solderhöhung von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, von der die Generals- und Admiralsränge allerdings ausgenommen bleiben sollen;
- die „Housing Allowance“ über einen Zeitraum von fünf Jahren von derzeit 99 Prozent der anfallenden Mietkosten auf 95 Prozent zu verringern;
- die Bereitstellung von zusätzlichen so genannten „Overseas Contingency Funds“ in Höhe von 38 Mrd. USD, welche die im Rahmen des *Budget Deficit Control Act* von 2011 verfügbaren automatischen jährlichen Ausgabenkürzungen im Verteidigungsbereich umgehen würden;
- der vom Verteidigungsministerium geplanten Verlegung aller Apache-Hubschrauber von der Nationalgarde zu Armee-Verbänden einen Riegel vorzuschieben;
- 12 zusätzliche F/A-18 E/F Kampfflugzeuge für die Marine zu erwerben, die allerdings vom Pentagon nicht gefordert worden waren;
- dem Kauf von 57 F-35 Kampfflugzeugen weitere sechs Flugzeuge (F-35 B) für das *Marine Corps* hinzuzufügen, was zusätzliche Kosten in Höhe von 846 Mio. USD bedeuten würde;
- den Bau eines Raketenabwehrsystems für die Ostküste der USA vorzubereiten;
- das kontroverse Gefangenenlager Guantanamo Bay aufrechtzuerhalten.

Präsident Obama, der in seiner fast siebenjährigen Amtszeit erst fünf Mal sein Veto gegen eine Gesetzesentscheidung des Kongresses eingelegt hat, begründete sein Vorgehen unter anderem damit, dass ihm im Rahmen der NDAA 2016 vom Kongress die Möglichkeit genommen wird, das kontroverse Gefangenenlager in *Guantanamo Bay* zu schließen (vgl. Congress Report, 30, 2015, Heft 5-8, S. 10 ff.). „Guantanamo“, so der Präsident, „is one of the premiere mechanisms for jihadists to recruit. It’s time for us to close it. It is outdated; it’s expensive; it’s been there for years.“ Der Präsident hatte bereits kurz nach seiner Amtsübernahme im Januar 2009 erklärt, dass er das kontroverse Gefangenenlager schließen wolle, war jedoch immer wieder am Widerstand des Kongresses gescheitert (vgl. Congress Report 29, 2014, Heft 4-7, S. 9 ff.).

Der Kongress würde Obama im Rahmen seines NDAA 2016 in Abschnitt 1031 bis zum 31. Dezember 2016 kategorisch den Einsatz von Haushaltsmitteln für die Verlegung von Gefangenen aus Guantanamo Bay in die USA oder deren Freilassung untersagen. Auch eine Überstellung von *Detainees* in Länder wie Libyen, Somalia, Syrien oder den Jemen würde verboten. Da Obama am 20. Januar 2017 verfassungsgemäß nach zwei Amtsperioden aus dem Amt scheidet, wäre damit sein politisches Ziel der Schließung des Gefangenenlagers endgültig blockiert.

Nach Berechnungen von *Human Rights First* lagen die Kosten für die Unterhaltung des Lagers im Jahr 2014 bei mehr als 397 Mio. USD. Umgerechnet auf jeden einzelnen *Detainee* ergaben sich so Kosten von jeweils mehr als 2,5 Mio. USD pro Gefangenen. Im Vergleich dazu beläuft sich die Unterbringung von Gefangenen in Hochsicherheitsgefängnissen innerhalb der USA auf 34.000 bis 78.000 USD pro Jahr. Gegenwärtig sind in *Guantanamo Bay* noch 112 *Detainees* untergebracht.

Führende Außen- und Sicherheitspolitiker in den USA wie Madeleine Albright, Warren Christopher, Robert Gates, Colin Powell oder Henry Kissinger hatten in der Vergangenheit die Schließung Guantamos gefordert, da das Gefangenenlager ein „Rekrutierungswerkzeug“ für Terroristen sei. So erklärte der frühere Generalstabschef Admiral Mike Mullen in diesem Zusammenhang: „Well, the concern I’ve about Guantanamo (...) it has been a symbol, and one which has been a recruiting tool for those extremists and jihadists who would fight us“.

Im Senat wurde das Veto Obamas gegen die NDAA 2016 von Mitgliedern der republikanischen Fraktion scharf kritisiert. Aus der Sicht von Senatorin Joni Ernst (R-Iowa), die als Oberstleutnant in der *Iowa Army National Guard* dient, ist die Entscheidung des Präsidenten symptomatisch dafür, dass die USA „ihre Stimme und Führung“ in der Weltpolitik verlieren. „It’s extremely disappointing that with all this unrest in the Middle East“, so Ernst, „the President would even entertain the thought of vetoing the NDAA“. Bleibt abzuwarten, ob es dem Senat und dem Repräsentantenhaus gelingt, das Veto Obamas mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit zu neutralisieren.

6. Hillary Clinton sagt vor Bengasi-Sonderausschuss aus

Das *House Select Committee on Benghazi* hat 22. Oktober 2015 Hillary Rodham Clinton, die frühere Außenministerin und gegenwärtige Bewerberin um die Nominierung als demokratische Präsidentschaftskandidatin (siehe Punkt 7), angehört und einer scharfen, 11-stündigen Befragung unterzogen.

Der Auftrag des Sonderausschusses des Repräsentantenhauses ist es nominell, die Umstände und Hintergründe eines Angriffs auf die diplomatische Vertretung und eine Außenstelle der CIA in Bengasi (Libyen) am 11. September 2012 aufzuklären. Dabei waren neben dem amerikanischen Botschafter J. Christopher Stevens auch drei CIA-Mitarbeiter ermordet worden.

Zu dem Vorfall und den augenscheinlichen Sicherheitslücken gab es bereits acht offizielle Untersuchungen, unter anderem von republikanisch geführten Ausschüssen des Repräsentantenhauses.

Die Untersuchungen zeigten erhebliche Versäumnisse auf. Persönliche Fehler der damaligen Außenministerin wurden allerdings nicht festgestellt. Auch Vorwürfe an die

Streitkräfte und die CIA, mögliche Hilfs- und Rettungsaktionen unterlassen zu haben, erwiesen sich als haltlos.

Die demokratische Minderheit im Repräsentantenhaus hat deswegen den Sonderausschuss von Anfang an als ein politisches „Tribunal“ kritisiert, das allein darauf angelegt sei, das Ansehen der Präsidentschaftsbewerberin Clinton zu beschädigen.

House Majority Leader Kevin McCarthy (California), zu diesem Zeitpunkt als Nachfolger *Speaker* John Boehners (Ohio) im Gespräch (vgl. Punkt 1), brüstete sich in einem *Fox News*-Interview offen damit, dass der Bengasi-Ausschuss das Ziel erreicht habe, das öffentliche Ansehen Clintons zu untergraben.

In den folgenden Tagen bestätigten ein weiterer republikanischer Abgeordneter sowie ein früherer Mitarbeiter des Ausschusses die politische Ausrichtung der Untersuchung in Medien-Interviews.

In der Tat hat sich der Ausschuss in seiner bisherigen Arbeit weitgehend auf Clinton und ihre engsten Mitarbeiter konzentriert, obwohl die Verantwortung für die Sicherheit der CIA-Außenstelle nicht beim Außenministerium, sondern beim Geheimdienst lag.

Alles das hielt die republikanische Ausschussführung nicht von einer Befragung Hillary Clintons ab. Der Vorsitzende des Ausschusses, Trey Gowdy (R-South Carolina) beteuerte, ihm und seinen Kollegen ginge es allein um die Aufklärung von Sachfragen.

Die weitschweifigen Fragen der Ausschussmitglieder zu Clintons früheren Aussagen und ihrem Informationsstand sowie zu ihrem E-Mail-Verkehr mit engen Mitarbeitern, ihrer Familie und insbesondere einem engen Vertrauten, dem früheren Journalisten Sidney Blumenthal, blieben erwartungsgemäß ohne neue Erkenntnisse.

Den Kernvorwurf der republikanischen Attacke gegen Clinton trug der republikanische Abgeordnete Jim Jordan (R-Ohio) vor. Er hielt Clinton vor, sie habe versucht, kurz vor der Wahl 2012 einen terroristischen Anschlag zu vertuschen.

Hintergrund der Bengasi-Verschwörungstheorie sind Vorwürfe von Seiten des Wahlkampf-Teams von Mitt Romney, Präsident Obama habe versucht die Öffentlichkeit über den Terror-Anschlag hinweg zu täuschen, um seine Erfolge in der Terrorismus-Bekämpfung nicht kurz vor der Wahl in Frage zu stellen.

Anfang September 2012 hatte die Veröffentlichung eines Islam-kritischen Videos in den USA zu einer Welle der Empörung und gewalttätigen Ausschreitungen in Ägypten und anderen arabischen Staaten geführt.

Die CIA hatte, wie aus mittlerweile veröffentlichten Unterlagen hervorgeht, anfänglich angenommen, dass auch in Bengasi eine solche Demonstration stattgefunden habe, die

dann von gewaltbereiten Extremisten als Vorwand und günstige Gelegenheit für Angriffe auf die US-Ziele vor Ort benutzt worden sei.

Dagegen behaupten konservative Republikaner und Medienvertreter bis heute, Obama, Clinton, und die Administration hätten die Attacken in Bengasi als gewalttätige Reaktion auf das besagte Video charakterisiert, um die terroristische Natur des Anschlags zu verschleiern.

Die genauen Umstände der ersten Angriffswelle auf den Posten der USA in Bengasi 2012 sind bis heute ungeklärt. Wie auch immer der Hergang der Ereignisse im Einzelnen darzustellen ist, der Vorwurf einer gezielten Vertuschung durch Präsident Obama und Außenministerin Clinton ist wohl kaum zu halten.

Hillary Clintons souveräner Auftritt vor dem Ausschuss wurde insgesamt von einer Reihe von konservativen Journalisten und Kommentatoren als klarer Etappenerfolg für ihre Präsidentschaftsbewerbung bewertet.

7. Präsidentschafts-Vorwahlen 2016: Vorzeichen deuten harte Wahlkampfseason an

Der Vorwahlkampf um die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten der Parteien für 2016 läuft bereits seit dem Frühsommer 2015 auf Hochtouren. Die Vorzeichen deuten auf eine turbulente und durch hohe politische Spannungen gekennzeichnete Wahlseason hin.

Auf der Seite der Demokraten ist das Feld der Kandidaten überschaubar. Hillary Rodham Clinton, die frühere Außenministerin (2009-13), Senatorin von New York (2001-09) und frühere „First Lady“ (1993-2001), ist die klare Favoritin. Nachdem Vizepräsident Joe Biden (2009-2015) Mitte Oktober den von ihm selbst genährten Spekulationen um eine mögliche Bewerbung ein Ende gesetzt hat, gilt Clinton als nahezu unschlagbar.

Auf der Seite der Republikaner ist die Situation dagegen durch eine kaum vorstellbare Vielzahl von Kandidaten und überraschenden Entwicklungen bestimmt.

Das Gros der republikanischen Kandidaten setzt sich aus früheren und amtierenden Gouverneuren wie Jeb Bush (Florida) oder John Kasich (Ohio) und Senatoren wie Ted Cruz (Texas), Marco Rubio (Florida) oder Rand Paul (Kentucky) zusammen. Politische Außenseiter wie der Immobilien-Milliardär Donald J. Trump und der international anerkannte Neuro-Chirurg, Dr. Ben Carson, präsentieren sich allerdings bisher als die zugkräftigsten Kandidaten.

Auch wenn die Vorwahlkämpfe der Demokratischen und der Republikanischen Partei in weiten Teilen durch gegensätzliche Rahmenbedingungen, Akteurs-Konstellationen und politische Programminhalte charakterisiert sind, gibt es einen gemeinsamen Nenner. Die Grundstimmung der US-Bevölkerung (unter Republikanern, Demokraten wie parteiunabhängigen Wählern (*Independents*) gleichermaßen), ist durch eine tiefe politische Verunsicherung und Unzufriedenheit gekennzeichnet.

Langjährige Umfrage-Untersuchungen von Instituten wie *Gallup* (gallup.com) oder *Pew Research* (pewresearch.org) über die Einschätzungen der Entwicklungsperspektiven der USA zeigen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung seit Ende 2008 die Zukunft des Landes auf nationaler wie internationaler Ebene äußerst skeptisch beurteilt.

Die USA haben zwar auch in der Vergangenheit wiederholt genuine „Stimmungstiefs“ in der amerikanischen Bevölkerung erlebt. Prominente Beispiele waren die „Stagflations-Krise“ in den 1970er Jahren oder die Wachstumskrise Anfang der 1990er Jahre.

Seit der schweren Wirtschaftskrise von 2008/2009 überwiegt bei einer großen Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner jedoch ein tief sitzender und anhaltender Pessimismus über die Zukunftsaussichten der Nation („direction of the country“). Seit Jahren geben in diesem Zusammenhang regelmäßig über 60 Prozent der Befragten an, dass sie glauben, dass das Land nicht auf dem „richtigen Weg“ ist.

Vordergründig widerspricht dies der zwar langsamen, aber sichtlichen Erholung der US-Wirtschaft nach dem dramatischen Einbruch in der Endphase der Präsidentschaft von George W. Bush (2001-2009). Die Rückkehr zu Wirtschaftswachstum, die sinkende Quote der Arbeitslosigkeit und der Boom der Börse überdecken die vielfach als gravierend wahrgenommenen Probleme des Landes jedoch nicht.

Kaum eine Statistik bietet ein deutlicheres Kontrastmittel zu den generellen Erfolgsmeldungen als die der stagnierenden Löhne und Gehälter, die sich nach dem Wirtschaftseinbruch 2008/2009 kaum erholt haben. Viele Arbeitnehmer und deren Familien haben schlicht den Eindruck, dass die Rettung und Erholung der US-Wirtschaft spurlos an ihnen vorbei gegangen ist, und dass die wirtschaftliche Genesung nur großen Unternehmen und den obersten Einkommensgruppen zu Gute kommt.

Die übergreifende Befürchtung, dass das „Modell Amerika“ (*American Dream*), das allen Arbeitnehmern für ihre Leistungen wachsenden Wohlstand verspricht, nicht mehr funktioniert, sondern sich in sein Gegenteil verkehrt hat, liegt diesem weitgreifenden Pessimismus zugrunde.

Unter republikanischen Parteianhängern und konservativen Wählern mischt sich das Gefühl der wirtschaftlichen Malaise mit der Befürchtung eines bereits einsetzenden oder bevorstehenden Verlusts der Weltmachtstellung der USA.

Der Doppelschlag gegen das nationale wie internationale Selbstwertgefühl verdichtet sich in der Sorge, dass die USA ihren Ausnahmecharakter (*American Exceptionalism*) verlieren, und in eine mediokere Zukunft von Stagnation und Bedeutungsverlust abgleiten.

Diese düsteren Zukunftsszenarien beflügeln virulente Ängste einer Veränderung des demographischen Gesichts der USA. Gemeint ist aus konservativer Sicht die legale wie illegale Einwanderung. Gesellschaftspolitisch erscheint aus dieser Perspektive auch die Gleichstellung der Ehen von Schwulen und Lesben als ein Symbol für den Niedergang der Nation und das Ende des „goldenen Zeitalters“ Amerikas.

Unter demokratischen Parteianhängern und links-liberalen Wählern treten neben der Sorge über die wachsende Ungleichverteilung von Einkommens- und Lebenschancen vor allem sozial- und gesundheitspolitische Fragen sowie bildungs- und umweltpolitische Themen.

Auf der linken Seite des Spektrums scheint das Pessimismus-Barometer nicht in der gleichen Weise auszuschielen wie auf der rechten Seite. Das fundamentale Gefühl des Unbehagens und der Unzufriedenheit ist dennoch auch hier nicht zu übersehen.

Wie unterschiedlich die politischen Reizthemen auf der rechten und linken Seite in den Einzelbereichen ausfallen mögen, die resultierende Politikverdrossenheit führt die verschiedenen Lager wieder zusammen.

Während Präsident Barack Obama, bei aller Ernüchterung, mit Zustimmungswerten von knapp unter 50 Prozent noch relativ gut abschneidet, sind die Institutionen, vor allem der Kongress, die Parteien wie generell die „Bundesregierung und Bürokratie“ (gebrandmarkt als „Federal Government“), die Haupt-Adressaten des politischen Verdrusses.

Das verbreitete Gefühl, dass das „Establishment in Washington“ und die „politische Klasse“ des Landes die Prioritäten auf ganz andere Interessen als die Bevölkerung lege, befördert eine proto-rebellische Grundstimmung, die für die, zumal aus einer deutschen oder europäischen Sicht, kaum nachvollziehbaren Phänomene in den laufenden Vorwahlen der Parteien verantwortlich sind.

In den Vorwahlen der Republikanischen Partei ist vor allem die ungewöhnlich große Zahl der Kandidaten ein Indikator für die politisch aufgewühlte Stimmung an der Basis.

Als Oppositions-Partei, die nicht den Präsidenten stellt, sehen sich die Republikaner in einer günstigen Ausgangslage für die Wahlen 2016. Die Aussicht und Hoffnung auf einen wahrscheinlichen Wahlerfolg erhöht die Anreize für republikanische Politikerinnen und Politiker, sich für die Nominierung durch ihre Partei zu bewerben.

Insgesamt haben 21 republikanische Bewerber offiziell ihre Kandidatur bei der *Federal Election Commission* (FEC) angemeldet. Nicht alle Bewerber sind ernst zu nehmende Kandidaten. Zudem haben die Gouverneure Rick Perry (Texas) und Scott Walker (Wisconsin) bereits ihre Kampagnen suspendiert, so dass aktuell noch 14 Kandidaten aktiv Wahlkampf betreiben.

Namentlich sind dies:

- Gouverneur Jeb (John Ellis) Bush (Florida, 1999-2007),
- Dr. Ben Carson, Neurochirurg, Buchautor und Kommentator,
- Gouverneur Chris Christie (New Jersey, seit 2010),
- Senator Ted Cruz (Texas, seit 2013),
- Carly Fiorina, frühere CEO von Hewlett Packard (1999-2005),
- Senator Lindsey Graham (South Carolina, seit 2003),
- Gouverneur Mike Huckabee (Arkansas, 1996-2007),
- Gouverneur Bobby Jindal (Louisiana, seit 2008),
- Gouverneur John Kasich (Ohio, seit 2011),
- Gouverneur George Pataki (New York, 1995-2006),
- Senator Rand Paul (Kentucky, seit 2011),
- Senator Marco Rubio (Florida, seit 2011),
- Senator Rick Santorum (Pennsylvania, 1995-2007),
- Donald J. Trump, Immobilienunternehmer und Reality TV-Star.

Viele Beobachter und Kommentatoren haben sich nicht nur über die Breite, sondern auch die hohe Qualität des republikanischen Kandidatenfeldes erstaunt gezeigt. Der bisherige Verlauf des Vorwahlkampfes hat jedoch alle Erwartungen auf den Kopf gestellt und zu einer unübersichtlichen Konstellation geführt, die kaum Aussagen über den Ausgang des republikanischen Ausscheidungswettkampfes zulässt.

Im Vorfeld galten vor allem Jeb Bush, Marco Rubio und (der bereits ausgeschiedene) Scott Walker als vermeintliche Favoriten. Als weitere politische Schwergewichte wurden zudem Chris Christie, John Kasich und Rand Paul gehandelt.

In den nationalen Umfragen dominieren bisher allerdings die politischen Außenseiter Donald Trump und Ben Carson mit Anteilen von 20 Prozent oder mehr das Feld. Alle übrigen Bewerber bewegen sich derzeit im einstelligen Prozent-Bereich.

Trump und Carson ist es gelungen, mit hoch kontroversen Statements und Positionen die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen und mit ihrem „politisch inkorrekten“ Auftreten den Zuspruch breiter Teile der republikanischen Wählerbasis zu gewinnen.

Die gezielte Bedienung von Ressentiments gegen Minderheiten in Kombination mit scharfer Kritik an der „politischen Klasse“ hat eine Resonanz gefunden, die wohl selbst die beiden Kandidaten überrascht hat.

Trump hat sich insbesondere mit rhetorischen Tiraden gegen (illegale) Einwanderer aus Mittel- und Südamerika und gegen korrupte, von „Großspendern gekaufte“ Politiker den Nimbus eines Volkstribuns erworben, der der Parteibasis aus der Seele zu sprechen scheint. Zudem gilt er als Meister persönlicher Attacken und Tiefschläge.

Der eher unterkühlt und zurückhaltend wirkende Carson ist in seinem persönlichen Auftreten fast das genaue Gegenteil von Trump. Doch auch er hat, in bewusster Verletzung politischer Anstandsregeln, gezielt tief sitzende Ressentiments bedient.

Seine pauschale Abqualifizierung von gläubigen Muslimen als religiöse Radikale ebenso wie seine mit Nazi-Vergleichen durchsetzte Kritik an Präsident Obama finden großen Widerhall unter republikanischen Parteianhängern.

Carsons persönliche Biografie, sein Aufstieg als *Black American* aus ärmlichen Verhältnissen und mit Hilfe seines christlichen Glaubens, zu einem weltweit anerkannten Star-Chirurgen, macht ihn zudem zu einem allseits bewunderten konservativen Vorzeigekandidaten.

Für die Republikanische Partei, das „Partei-Establishment“, sind Donald Trump und Ben Carson als reale Präsidentschaftskandidaten kaum vorstellbar. Die Nominierung von Trump oder Carson wäre für die Partei eine Art politischer Super-GAU. Welcher Hoffnungsträger aus der großen Schar der konventionellen, akzeptableren Kandidaten zum Bannerträger der Partei aufsteigen könnte, ist gegenwärtig allerdings nicht wirklich abzusehen.

Jeb Bush ist ungeachtet seines Status als Kronprinz der politisch weit vernetzten Bush-Dynastie und seiner Erfolge in der Einwerbung von Spendengeldern bisher die größte Enttäuschung der Vorwahlen.

Marco Rubio, der als bestes Redner-Talent und Jungstar des Kandidatenfeldes gefeiert wird, fehlt ebenfalls noch die notwendige Zugkraft. Der lange als konservativer Musterkandidat und Geheimtipp dargestellte Scott Walker hat bereits aufgegeben.

Angeichts der alle herkömmlichen Standards und Erwartungen außer Kraft setzenden Entwicklungen wird sogar das Szenario einer „*brokered convention*“, eines Nominierungs-Parteitags ohne einen in den Vorwahlen siegreichen Kandidaten, diskutiert.

Ein Gegen-Szenario geht davon aus, dass in einem zunehmend härter werdenden Vorwahlkampf das Kandidatenfeld bis Anfang 2016 merklich schrumpft und einer der verbleibenden Bewerber sich dann zum „Retter der Partei“ aufschwingt.

Ein vergleichbar großes und unübersichtliches Kandidatenfeld hat es zuvor nur in den demokratischen Vorwahlen von 1976 gegeben, damals unter den Vorzeichen des *Watergate*-Skandals und der damit einhergehenden politischen Vertrauenskrise. Gouverneur Jimmy Carter, ein krasser, weitgehend unbekannter Außenseiter, gewann 1976 die Nominierung der Demokratischen Partei und die Präsidentschaft. Ob ein republikanischer Bewerber wie Gouverneur Kasich oder ein anderer Kandidat aus der „zweiten“ Reihe, eine ähnliche Rolle spielen könnte, bleibt abzuwarten.

Im Vergleich zur republikanischen Kandidatenkür kann der Vorwahlkampf der Demokraten als geradezu spannungslos erscheinen. Doch auch die vermeintliche „Krönung“ von Hillary Clinton zur Nachfolgerin von Präsident Obama ist nicht ohne überraschende Wendungen verlaufen.

Clinton ist es gelungen, die Kandidaturen von Vizepräsident Joe Biden sowie die der populären Senatorin Elizabeth Warren (Massachusetts) auf dem linken Flügel der Partei abzuschrecken. Die unerwartet starke Vorstellung von Senator Bernie Sanders (Vermont) konfrontiert Clinton jedoch mit einer unvorhergesehenen Herausforderung.

Ein dritter Kandidat, der frühere Gouverneur von Maryland, Martin O'Malley, hat bisher nicht Tritt fassen können. Zwei weitere Kandidaten, Senator Jim Webb (Virginia, 2007-13) und der Ex-Republikaner Lincoln Chafee, früherer Senator (1997-2007) und Gouverneur (2011-15) von Rhode Island, haben nach schwachen Vorstellungen in der ersten demokratischen Vorwahl-Debatte Mitte Oktober aufgegeben.

Der Harvard-Professor und vormalige Unterstützer von Bernie Sanders, Lawrence Lessig, hat als Späteinsteiger noch nicht die Statur eines ernst zu nehmenden Bewerbers gewinnen können.

Senator Sanders ist ein parteiunabhängiger Politiker (*Independent*), der sich im Senat der demokratischen Fraktion angeschlossen hat, sich selbst aber als demokratischen Sozialist bezeichnet. Sanders Wahlkampf konzentriert sich auf wirtschaftspolitische Themen, die anhaltend schwierige Lage der „*middle class*“, der einfachen Arbeitnehmer, und die wachsende Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen.

Mit seinen dezidiert sozialdemokratischen Programm-Vorschlägen mobilisiert Sanders nicht nur die größten Publikumszahlen in Veranstaltungen unter allen demokratischen

wie republikanischen Bewerbern, sondern hat auch beachtlichen Zuspruch in den Meinungsumfragen. Insbesondere in New Hampshire, einem der ersten Vorwahl-Staaten, liegt er in aktuellen Umfragen vor Clinton.

Sanders beachtliche politische Anziehungskraft symbolisiert, ungeachtet seines bescheidenen, sach- und themenbezogenen Stils, in ähnlicher Weise wie die Erfolge von Trump und Carson die tiefe Frustration und politische Verdrossenheit der US-Wählerschaft in allen politischen Lagern. Er legt damit schonungslos die Schwächen der zentristisch angelegten Kampagne von Hillary Clinton offen, die den linken Flügel der Partei wenig begeistert.

Allerdings ist vielleicht nicht Sanders die größte Herausforderung für Clinton, sondern sie selbst. Während Hillary Clinton in der Sachpolitik mit Kenntnisreichtum, Erfahrung und sichtbar hartem Arbeitseinsatz glänzen kann, ist sie in ihrem Auftritt als Kandidatin weit weniger versiert als ihr Ehemann, Präsident Bill Clinton (1993-2001).

Aufgrund ihrer langen Karriere sieht sich Clinton mit einer endlosen Zahl von Fragen zu ihren politische Positionen und früheren Skandalen, begründet oder unbegründet, konfrontiert. Clinton ist es noch nicht gelungen, ihre öffentliche Selbstdarstellung, in den Medien wie in ihren Wahlkampfauftritten, überzeugend und authentisch zu vermitteln. Ein Lichtblick war allerdings ihr Auftritt in der ersten Debatte der demokratischen Kandidaten. Hier konnte Clinton vorführen, wozu sie im direkten Schlagabtausch fähig ist.

Ungeachtet aller Startschwierigkeiten bleibt Hillary Rodham Clinton aber die eindeutige Favoritin der Demokraten. Wie einige Kommentatoren bemerkt haben, kann vermutlich nur sie selbst sich noch aus dem Rennen werfen. Als Ersatz- und Notfall-Kandidaten stehen Joe Biden und auch Elizabeth Warren an der Seitenlinie. Bernie Sanders ist aufgrund seiner dezidiert linken Ausrichtung eine wenig plausible Alternative.

Bis zum Beginn der Vorwahlen im Februar 2016 (siehe Punkt 8) bestimmen neben den Wahlkampfaktivitäten der einzelnen Kandidaten vor allem eine Serie von Debatten der beiden Parteien das Vorwahlgeschehen. Angesichts der offenen Kandidatenfrage in der Republikanischen Partei könnten die angesetzten acht weiteren republikanischen Debatten entscheidenden Einfluss gewinnen.

Der Fahrplan der Vorwahlen beider Parteien sieht für Februar 2016 einen eher langsamen Start vor (siehe Punkt 8). Die *Primaries* und *Caucuses* in vier Staaten, Iowa, New Hampshire, Nevada und South Carolina, sollen den Parteianhängern in verschiedenen Regionen Zeit geben, die Kandidaten kennen zu lernen und zu bewerten.

Mit der Bündelung von Vorwahlen in mehr als einem Dutzend von Staaten am 1. März („*Super-Tuesday*“), meistens im Süden der USA, beginnt die „heiße Phase“. Bis Ende April 2016 ist die große Mehrheit der Vorwahlen abgeschlossen. Die letzten Entscheidungen fallen im Juni.

In den zurückliegenden Vorwahlkämpfen haben die siegreichen Bewerber in der Regel bereits bis Ende März oder Mitte April eine Mehrheit der Delegierten gewonnen. Sollten allerdings mehrere Kandidaten im Rennen bleiben, sind Hängepartien bis hin zu einem offenen Ausgang vorstellbar.

Der republikanische Kandidaten-Karneval, der holprige Start von Clintons Kampagne und der überraschend breite Zuspruch zu Sanders Kandidatur lassen vor dem Hintergrund der großen Verunsicherung und Verdrossenheit der Wählerschaft einen ebenso offenen wie spannungsreichen Vorwahlkampf erwarten.

In beiden Parteien ist die entscheidende Frage, ob die siegreichen Kandidaten nicht nur eine Mehrheit erringen, sondern auch die Parteianhängerschaften insgesamt für sich gewinnen können.

8. *Presidential Primaries* und *Caucuses*: Das Verfahren und der Fahrplan 2016

In den USA werden die Präsidentschaftskandidaten sowohl der Republikanischen wie der Demokratischen Partei in einem komplizierten Vorwahl-System, den *Primaries* und *Caucuses* in den Einzelstaaten, ausgewählt.

Die direkte Beteiligung von Parteianhängern und Wählern in der Auswahl der Kandidaten ist eine Besonderheit des US-Wahlsystems, die auf die Forderungen des *Progressive Movement*, einer Reformbewegung des frühen 20. Jahrhunderts, zurückgeht.

Die Reformbestrebungen der *Progressives* Anfang des 20. Jahrhunderts richteten sich gegen die als klientelistisch und korrupt geltenden Parteiorganisationen (*Party Machines*, *Party Bosses*), die in vielen Städten und Einzelstaaten die Nominierung der Kandidaten kontrollierten. Durch breite Partizipation und Transparenz sollte der Einfluss der nicht demokratisch legitimierten Parteioligarchien eingeschränkt werden.

Entsprechende Änderungen im Auswahlverfahren der Kandidaten wurden in den Einzelstaaten zwischen 1903 (Wisconsin) und 1955 (Connecticut) schrittweise auf den unteren Ebenen des Wahlsystems eingeführt. In den Präsidentschaftswahlen erfolgte die demokratisch-partizipatorische Neuorganisation des Nominierungsverfahrens allerdings erst in Reaktion auf die Protestbewegungen der 1960er Jahre, wenngleich einzelne Staaten bereits zuvor (häufig unverbindliche) Vorwahlen („*beauty contests*“) abgehalten hatten.

Die konkrete Ausgestaltung der *Caucuses* und *Primaries* bestimmen die Wahlgesetze der Einzelstaaten, die Satzungen der Parteien ebenso wie letztinstanzlich die Entscheidungen des *Supreme Court*, so dass es aus nationalem Blickwinkel kein einheitliches oder verbindliches Vorwahlssystem gibt. Stattdessen findet sich eine kaum überschaubare Vielzahl von Variationen, die zwischen den Wahljahren nicht selten abgeändert werden.

Das Grundmuster dieses Nominierungsverfahrens auf der präsidentiellen Ebene ist die Auswahl von Delegierten in den Einzelstaaten, die dann im Sommer des Wahljahres in nationalen Konventen (*Party Conventions*) den Kandidaten der Partei küren. In der Regel sind die Delegierten auf einen Kandidaten festgelegt (*Pledged Delegates*), in einigen Staaten ist aber das Wählervotum formal nicht mehr als eine Empfehlung.

Primaries sind dabei grundsätzlich normalen Wahlverfahren gleichzusetzen. Die geheime Stimmabgabe erfolgt in einem öffentlich zugänglichen Wahllokal zu vorher angekündigten Terminen.

Caucuses sind dagegen Parteiversammlungen, die in Schulen, Turnhallen und anderen öffentlichen Einrichtungen, aber auch in privaten Räumen und Häusern abgehalten werden. Nach einer gemeinsamen Diskussion werden Deputierte bestimmt, die in einem teilweise mehrstufigen Verfahren die Parteitagsdelegierten wählen.

Historisch waren insbesondere die Parteiversammlungen anfällig für Manipulationen. Heute werden jedoch klare Regeln vorgegeben und durchgesetzt, die ein transparentes, demokratisches Verfahren gewährleisten sollen.

Die große organisatorische Variationsbreite der *Primaries* und *Caucuses* in den einzelnen Staaten lässt kaum griffige Systematisierungen zu. Ein wichtiges Unterscheidungskriterium ist allerdings die Abgrenzung der Wählerschaft, die sich an der Entscheidung beteiligen kann.

Open Primaries und *Caucuses* erlauben die Beteiligung aller wahlberechtigten und registrierten Bürger eines Staates. Das Ziel der Öffnung des Entscheidungsprozesses ist dabei, durch die Beteiligung an der Kandidatenauswahl möglichst viele Bürger an die Partei zu binden. Dies birgt jedoch die Gefahr einer gezielten manipulativen Einflussnahme durch die Anhänger anderer Parteien.

Closed Primaries und *Caucuses* lassen deswegen nur registrierte Anhänger der eigenen Partei zu. Die konkreten Anforderungen für die Registrierung sind häufig aber nicht sehr strikt und Wähler können sich mitunter auch kurzfristig umentscheiden.

Zwischen *Open* und *Closed Primaries* und *Caucuses* gibt es darüber hinaus verschiedene Zwischenformen, die als „semi-open“ oder „semi-closed“ bezeichnet werden. Beispielsweise wird keine formale Registrierung als Parteianhänger verlangt, sondern nur eine Erklärung, dass der Wähler in der Vergangenheit in der Mehrzahl der Wahlgänge für Kandidaten der jeweiligen Partei gestimmt hat (oder dies in Zukunft tun will).

Neben den 50 Bundesstaaten halten Demokraten wie Republikaner auch in Washington, D.C. und in den US-Territorien (American Samoa, Guam, Northern Marianas, Puerto Rico, Virgin Islands) Vorwahlen ab. Die Demokraten führen zudem eine Vorwahl für im Ausland lebende Parteianhänger durch (*Democrats Abroad*).

Traditionell markieren die Iowa Caucuses und die New Hampshire Primary den Auftakt der Vorwahl-Saison. Nach einem langsamen Start im Februar haben beide Parteien in diesem Wahljahr die meisten Termine für März und April angesetzt, um langwierigen Auseinandersetzungen unter den Kandidaten entgegenzuwirken. Dennoch zieht sich das Verfahren bis in den Juni hinein.

Die Republican National Convention 2016 in Cleveland (Ohio) beginnt am 18. Juli und endet am 21. Juli. Unter den erwarteten knapp 2500 Delegierten sind auch 437 so genannte „*unpledged delegates*“, politische Amtsträger wie Gouverneure, Kongressmitglieder und Parteifunktionäre, deren Stimmen an keinen Kandidaten gebunden sind.

Die Democratic National Convention wird 2016 in Philadelphia (Pennsylvania) zwischen dem 25. und 28. Juli abgehalten. Unter den etwas über 5000 Delegierten sind 747 „*superdelegates*“, ebenfalls ungebundene Vertreter aus Politik und Partei.

Unpledged Delegates und *Superdelegates* spielen in der Regel keine entscheidende Rolle in der Kandidatenauswahl. Im Fall einer „*brokered convention*“, ohne Kandidaten mit einer klaren Mehrheit können sie allerdings eine erhebliche, ausschlaggebende Bedeutung gewinnen.

9. Terminplan der Präsidentschaftsvorwahlen 2016

Terminplan 2016

Datum	Staat	Verfahren
1. Februar	Iowa	caucus (R, closed/D, semi-open)
9. Februar	New Hampshire	primary (semi-closed)
20. Februar	Nevada	caucus (D, closed)
	South Carolina	primary (R, open)
23. Februar	Nevada	caucus (R, closed)
27. Februar	South Carolina	primary (D, open)
1. März 2016	Alabama	primary (open)
	Alaska	caucus (R, closed)
	Arkansas	primary (open)
	Colorado	caucus (D, closed)
	Georgia	primary (D, open/R, semi-open)
	Massachusetts	primary (semi-closed)
	Minnesota	caucus (open)
	Oklahoma	primary (D, semi-closed/R, closed)
	Tennessee	primary (open)
	Texas	primary (open)
	Vermont	primary (open)

	Virginia	primary (open)
	Wyoming	caucus (R, closed)
5. März	Kansas	primary (D, closed), caucus (R, closed)
	Kentucky	caucus (R, closed)
	Louisiana	primary (closed)
	Maine	caucus (R, closed)
6. März	Maine	caucus (D, closed)
8. März	Hawaii	caucus (R, closed)
	Mississippi	primary (open)
	Michigan	primary (open)
13. März	Puerto Rico	primary (open)
15. März	Florida	primary (closed)
	Illinois	primary (D, semi-closed/R, open)
	Missouri	primary (D, open), caucus (R, semi-open)
	North Carolina	primary (semi-closed)
	Ohio	primary (semi-open)
22. März	Arizona	primary (closed)
	Idaho	caucus (D, semi-closed)
	Utah	caucus (D, semi-open), primary (R, semi-open)
26. März	Alaska	caucus (D, closed)
	Hawaii	caucus (D, semi-closed)
	Washington	caucus (D, open)
5. April	Wisconsin	primary (open)
9. April	Wyoming	caucus (D, closed)
19. April	New York	primary (closed)
26. April	Connecticut	primary (closed)
	Delaware	primary (closed)
	Maryland	primary (closed)
	Pennsylvania	primary (closed)
	Rhode Island	primary (semi-closed)
3. Mai	Indiana	primary (open)
7. Mai	Guam	caucus (D, closed)
10. Mai	Nebraska	to be announced (R)
	West Virginia	primary (semi-open)
17. Mai	Kentucky	primary (closed)
	Oregon	primary (closed)
5. Juni	Puerto Rico	primary (D, open)
7. Juni	California	primary (D, semi-closed/R, closed)
	Montana	primary (D, open), caucus (R, closed)
	New Jersey	primary (D, closed/R, semi-open)
	New Mexico	primary (closed)

	South Dakota	primary (D, semi-open/R, closed)
14. Juni	District of Columbia	primary (closed)
Termine offen	North Dakota	primary (D, open), caucus (R, closed)
	Colorado	caucus (R, closed)
	Idaho	caucus (R, closed)
	Washington	caucus (R, closed)
	American Samoa	caucus (open)
	Guam	to be announced (D), caucus (R, closed)
	Northern Marianas	caucus (R, closed)
	Virgin Islands	caucus (closed)

D = Nur Demokraten

R = Nur Republikaner



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion

Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Herausgeber

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Politikwissenschaft II

Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)